

Veröffentlichung in finanzen.de AG, Berlin

Steigende Krankenkassenbeiträge: „Geiz ist geil“ bringt keine Lösung

Noch steigen die Krankenversicherungsbeiträge nur moderat. Aber in den nächsten Jahren werden Versicherte deutliche Beitragserhöhungen zu spüren bekommen. Das Krankenversicherungssystem neu zu gestalten, ändert dabei nichts am Grundproblem. Wolfram-Arnim Candidus von der Bürgerinitiative Gesundheit e.V. fordert stattdessen mehr Solidarität auch von den Versicherten.

Wenn es nach Karl Lauterbach, dem stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden der SPD geht, wird die Einführung einer Bürgerversicherung für Krankenversicherte im kommenden Bundestagswahlkampf auf dem Plan stehen. Dies hätte einige Vor- und Nachteile. Doch ob diese von der Politik detailliert benannt werden, ist offen. Denn allzu oft werden gerade unangenehme Wahrheiten nicht klar ausgesprochen. Wolfram-Arnim Candidus, Vorstand der Bürger Initiative Gesundheit e.V., bezeichnet beispielsweise die Einführung des Zusatzbeitrags in der gesetzlichen Krankenversicherung als politisches Scheinmarketing.

Herr Candidus, vor zwei Jahren wurde der Zusatzbeitrag bei der gesetzlichen Krankenversicherung eingeführt. Was ist Ihrer Meinung nach dabei schiefgelaufen?

Wolfram-Arnim Candidus: Damals wurde der Sonderbeitrag von 0,9 Prozent abgeschafft und durch einen Zusatzbeitrag ersetzt, der von den Krankenkassen selbst festgelegt wird. Schon 2015 betrug er im Durchschnitt ebenfalls 0,9 Prozent zusätzlich zum Grundbeitrag von 14,6 Prozent. Dennoch wurde von einer Beitragsverringerung gesprochen, weil in der Politik angekommen ist, dass in unserer Gesellschaft eine gewisse „Geiz ist geil“-Mentalität herrscht. Dabei verringerten sich die Krankenkassenbeiträge faktisch nicht von 15,5 auf 14,6 Prozent, sondern lagen im ersten Jahr auf dem gleichen Niveau. Jetzt liegt der Zusatzbeitrag durchschnittlich bei 1,1 Prozent und er wird in den nächsten Jahren weiter ansteigen. Und das Schlimmste ist: Die Arbeitnehmer tragen diese Erhöhung allein, weil der Zusatzbeitrag nicht paritätisch unter Beteiligung der Arbeitgeber finanziert wird.

Und Sie wünschen sich eine hälftige Finanzierung?

Wolfram-Arnim Candidus: Sozial wäre es, wenn die Arbeitgeber prozentual 60 Prozent und die Arbeitnehmer 40 Prozent übernehmen und zwar nicht nur des Zusatzbeitrags, sondern des gesamten jeweiligen Beitragssatzes. Das hätte einen weiteren großen Vorteil: Die Krankenkassen könnten endlich ihre Rationierungswut minimieren. Momentan müssen sie Beiträge erhöhen und es drohen dennoch Einsparungen bei der Leistung.

Wir sehen das mit unserer Bürgerinitiative bereits jetzt: Da enthält der Versorgungskatalog der gesetzlichen Krankenversicherung eine bestimmte Leistung, aber die Krankenkasse verweigert diese unter einem Vorwand, um Kosten zu sparen. Die Versicherten befinden sich diesbezüglich jedoch in einem Dornröschenschlaf und wollen das nicht wahrhaben. Aber wenn zum Beispiel das Krankengeld verweigert wird, obwohl man monatelang krank ist, dann geht das für viele von uns an die Existenz. Wir beraten dann, aber es handelt sich um ein systemisches Problem.

Wie könnte man die gesetzlich Versicherten aus ihrem Dornröschenschlaf wecken?

Wolfram-Arnim Candidus: Wenn man in der Bild-Zeitung alle zwei Tage eine große Anzeige schalten könnte, dann hätte die Problematik natürlich die gebührende Aufmerksamkeit. Letztlich ist es aber

die Aufgabe der Regierung, nicht mehr so zu tun, als ob alles in Ordnung ist. Doch die Thematik ist nun mal komplex und lässt sich nicht auf ein paar knackige Parolen runterbrechen.

Gäbe es denn überhaupt eine Alternative zu steigenden Krankenkassenbeiträgen?

Wolfram-Arnim Candidus: Laut verschiedener Gutachten werden die Beiträge in den nächsten 10 bis 15 Jahren um drei bis vier Prozent steigen. Zumindest wenn sich das aktuelle Krankenversicherungssystem nicht verändert. Im Wahlkampf 2013 wurde vonseiten der SPD, Grünen und Linken die Bürgerversicherung angepriesen. Auch jetzt ist das wieder Thema. Dabei würden alle in einen Topf zahlen. Das käme den Bundesländern im Übrigen nicht ungelegen. Schließlich sind die meisten der drei Millionen Beamten und Pensionäre in der privaten Krankenversicherung versichert. Im Zuge einer Bürgerversicherung könnten sich die Länder der Beihilfezahlungen entledigen, die den Staatshaushalt jetzt enorm belasten. Allein im Jahr 2014 waren es immerhin fast zwölf Milliarden Euro.

Wichtigster Bestandteil der Versicherungslandschaft ist jedoch die Aufklärung der Bevölkerung insgesamt. Zum Erhalt der Gesundheit und der Vermeidung von Krankheiten müssen die Bürger auch Eigenverantwortung übernehmen. Denn nur so können die Kosten für unser Gesundheitssystem und damit auch die Höhe der Versicherungsbeiträge gesenkt oder zumindest stabil gehalten werden. Dazu sollten echte Anreizsysteme der Krankenkassen für die Bürger verpflichtend eingeführt werden. Damit hat jeder auch einen finanziellen Vorteil, wenn er sich konstruktiv zum Erhalt oder der Wiederherstellung seiner Gesundheit nachweisbar eingesetzt. Auch die politischen Mandatsträger aller Parteien müssen kontinuierlich darauf hinweisen, dass das Gesundheitswesen kein Selbstbedienungsladen ist und deshalb ein solidarisches Verhalten der Bürger realisiert werden muss.

Vielen Dank für das Gespräch, Herr Candidus!